

# Der Rote Platz zu Bern

Autor(en): **Hubacher, Helmut**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **61 (1982)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339839>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Vom Reden und Zuhören

Eine Arbeiterpartei, die in ihren Reihen keine Intellektuellen ertragen könnte, müsste sich für bankrott erklären, denn der Austausch zwischen Arbeitern, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern hat das Gesicht der Linken seit jeher geprägt und hat der sozialistischen Bewegung Dynamik verschafft. Fortschrittliches Denken setzt die Auseinandersetzung mit dem Wissen und den Gedanken der Zeit voraus. Das ist beinahe eine Binsenwahrheit.

Nun ist keineswegs so, dass die Sozialdemokratische Partei nicht über ein grosses Potential von intellektuellen Kräften verfügen würde. Im Gegenteil: In den letzten 10, 15 Jahren haben sich Intellektuelle und Künstler wieder vermehrt dieser Partei zugewandt. Mit ihnen sind viele Leute aus sozialen Berufen und aus dem Bildungswesen — Lehrer zum Beispiel — zur Partei gestossen. Sie alle haben der Sozialdemokratie auch wichtige Impulse vermittelt.

Trotzdem flackert manchmal so etwas wie Intellektuellenfeindlichkeit in unseren Reihen auf. Die «Gebildeten» fallen den einfachen Leuten auf den Wecker. Die Nichtintellektuellen fühlen sich an die Wand gedrängt und empfinden das Auftreten der andern oft als arrogant.

Die Kopfarbeiter in unseren Reihen sind sich ihrer Wirkung auf andere oft selbst nicht bewusst. Sie setzen sich in den Versammlungen und Parteigremien so auseinander, wie sie es eben gelernt haben, in Schulen und auf Universitäten. Dabei gebrauchen sie frisch von der Leber weg eine Sprache, die sie selber zwar gewöhnt sind, die

andere aber nur zum Teil verstehen. Für die meisten Fremdwörter gibt es Ausdrücke in der Alltagssprache. Es braucht Disziplin, sich umzugewöhnen. Aber diese Disziplin drückt auch den Respekt vor den andern aus.

Die besser Gebildeten sind der Sprache mächtiger, sie haben reden gelernt. Die andern, die auch etwas zu sagen hätten, haben beim formulieren mehr Mühe. Auch das rasche Reagieren auf die Argumente anderer ist Trainingssache. So kommen die einen zum Wort und die andern nicht. Ihr Schweigen ist aber nicht immer Einverständnis.

Wir vergessen oft, dass unsere höhern Schulen Eliteschulen einer Klassengesellschaft sind. Schon Schulkindern wird dieses Klassengefühl automatisch eingeimpft. Intelligenz wird in unserer Gesellschaft immer noch als Gabe, als Fähigkeit betrachtet und nicht als das Resultat vom Lernen und vom sozialen Umfeld. Die Organisation unserer Schulen suggeriert, dass manche gescheit genug sind,

um zu lernen und andere nicht. Auch Intellektuelle, die sich bewusst — und nicht selten mit für sie spürbaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen — von diesem Klaskendenken gelöst haben und sich der Linken zugehörig fühlen, haben in entscheidenden Momenten trotzdem Mühe sich von diesem Denkschema zu lösen.

Da ist ihre Ungeduld, wenn andere gewisse Dinge nicht so schnell begreifen. Zugegeben, es ist mühsam, wenn man glaubt, recht zu haben (und vielleicht recht hat) und andere — Genossen — das Gegenteil behaupten. Die Versuchung ist gross, auf den Tisch zu hauen und zu rufen: Jetzt hört mir mal zu, schliesslich weiss ich, wovon ich rede und ihr nicht! Dieser Versuchung erliegt mancher.

Viele Intellektuelle nehmen für sich in Anspruch, ausgiebig zu debattieren und wenn immer möglich, das letzte Wort zu haben. Ab und zu sollten sie aber besser und länger zuhören. Das heisst noch lange nicht, dass man seine Meinung aufgeben muss. Das Wichtigste am Dialog ist doch, dass man gegenseitig voneinander lernt. Dabei müssen aber wohl beide Seiten davon überzeugt sein, dass der andere lernfähig ist.

Helmut Hubacher

## Der Rote Platz zu Bern

Wer für den Frieden demonstriert, lebt in diesem Lande gefährlich. Das wollen die 30'000 bis 40'000 Bürger/Bürgerinnen mit Schweizer Pass, die am letzten 5. Dezember wie seit Jahrzehnten nicht mehr in Bern aufmarschierten, einfach nicht be-

greifen. Diese Friedens-Demonstration hätte eigentlich verboten werden sollen. Polizeioffizier Christen aus Bern, Angstmacher der Linken, erklärte auf Befehl von oben, warum das Verbot unmöglich war: Von wegen der Demokratie und so. Warum wir

das wissen? Weil Christen den falschen Lutz anrief, den SP-Lutz statt den Atom-Lutz. SP-Lutz hörte sich die gequält vorgetragene Begründung an, weshalb das, was erwünscht wäre, nicht gehe, bevor er den Irrtum bekanntgab, dass nicht der ehemalige AKW-Direktor, sondern der «andere» Lutz am Telefon war.

Rufmord ist ein Verbotersatz. Dafür ist der publizistische Kampfverein «Aktion Freiheit und Verantwortung» zuständig. Politische Stützen sind Rechtsbürgerliche, für die Finanzen sorgen, Schlepper aus der Wirtschaft. Die Aktionäre von der «Aktion» liessen beim EMD-nahen Werbekonzern Farner AG, Zürich, ein seitengrosses Inserat texten und in zahlreichen Blättern erscheinen. Des Inhalts etwa, dass die Nato aufrüsten und nicht abrüsten müsse, Moskau Drahtzieher der Friedens-Demo sei, nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan keine Protest-Demos

stattfanden, die SPS diese Politik der Schwäche unterstütze, undsoweiter.

Wer den Krieg nicht will, darf nicht für den Frieden demonstrieren. Ungefähr auf diesem Niveau bewegt sich das «Aktions»-Inserat der unheimlichen Patrioten. Durch die Blume liest sich noch die Kritik, in Moskau würden «sie» ja nicht demonstrieren. An dieses Verschwörungsritual halten sich die politischen Falschspieler mit ihrer Doppelstrategie seit langem. Die Verdächtigung Andersdenkender hat taktische Tradition. Und noch immer haben wir uns nicht daran gewöhnt.

Nehmen wir das Beispiel Afghanistan. Warum organisierten eigentlich die Aktionäre der «Aktion Freiheit und Verantwortung» keine Protestkundgebungen? Etwa deshalb nicht, weil zur gleichen Zeit, als Sowjetpanzer in Afghanistan einrollten, eine schweizerische

Handelsdelegation unter Leitung von Dr. A. Hartmann, Generaldirektor Schweiz. Bankverein, in Moskau Zusatzkredite für sowjetische Importe aus der Schweiz offerierte? Haben diese Herrschaften in Moskau einen Protest deponiert? Kein Wort davon. Protestiert wird zu Hause, geschäftete in Moskau, in Argentinien, Chile, Guatemala, in der Türkei, überall. Folgendes sei ihnen in ihr Gebetbuch diktiert: Der Protest in Bern galt dem weltweiten Rüstungswahnsinn. Frieden ist unteilbar geworden, die nukleare Hölle oder der atomare Himmel ebenso. Die hier so laut inserieren und diffamieren, unterschlagen, dass der Bundesplatz in Bern stellvertretend für den Roten Platz in Moskau und das Kapitol in Washington Forum war. Hätten diese aktionären Kreise mit wenig Verantwortung und viel Wildwestfreiheit nicht das viele Geld, sie hätten kaum etwas. Am wenigsten politische Moral.

*Florian Schlegel*

## Zwischen Amt und Partei

*In Basel hat der St. Gallische Justiz- und Polizeidirektor Florian Schlegel vor der SP Basel-Stadt über das Verhältnis von Amt und Partei, wie es sich einem regierenden Sozialdemokraten darstellt, gesprochen. Dabei hat er einige grundsätzliche Gesichtspunkte dargestellt, die auch in anderen Kantonen Konfliktstoff für die Parteimitglieder bieten, von dem aber auch die betroffenen Mandatäre nicht verschont bleiben.*

### Vorbemerkungen

Ich bin nicht nach Basel gekommen, um jemandem Ratschläge oder Belehrungen zu erteilen. Die innerparteilichen Verhältnisse sind mir hier zuwenig bekannt, als dass ich zugunsten dieser oder jener Seite Stellung beziehen könnte. Wenn meine

Ausführungen dennoch zur Klärung der einen oder anderen Frage oder Differenz beitragen können, so würde mich das freuen.

Meine Betrachtungsweise will nicht Anspruch auf ein allgemein gültiges Rezept ergeben. Ich lege die Dinge so dar, wie ich sie aufgrund meiner Erfah-

rungen in der st. gallischen und in der schweizerischen Politik sehe.

Meine Ausführungen stammen aus der Warte eines vollamtlichen Exekutivvertreters, also eines Politikers, dem die Politik zum Brotkorb geworden ist. Ich betone das deshalb, weil zwischen dem Berufspolitiker und dem nebenamtlich tätigen Politiker erhebliche Unterschiede bestehen.

Der «Amateurpolitiker» kann praktisch jederzeit «aussteigen», ohne dass er politischen, gesellschaftlichen und materiellen Schaden nimmt. Für einen